

Rheinessen gegen Rechts - Positionen zur Landtagswahl

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Wirksam arbeiten gegen Rechts

Positionen des Vereins Rheinessen gegen Rechts e. V.

In den aktuellen Zeiten ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie wichtiger denn je. Die Entwicklungen der letzten Jahre machen deutlich, dass es eine nicht nur abstrakte Bedrohung von Rechts gibt. Aus diesem Grund ist ein entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus auf allen Ebenen wichtig.

Zivilgesellschaftliche Initiativen, wie der Verein Rheinessen gegen Rechts e. V., engagieren sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus in der Region.

Rheinland-Pfalz verfügt bereits jetzt über ein breit aufgestelltes Angebot an Unterstützungsmöglichkeiten. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus wurde in den letzten Jahren verstärkt und vertieft. Auf der anderen Seite steigen allerdings auch die Anforderungen, um ein wirksames Handeln zu ermöglichen - und zwar sowohl quantitativ wie auch qualitativ. Dabei sollten aus Sicht des Vereins Rheinessen gegen Rechtsextremismus zwei Säulen unterschieden werden: Prävention und Repression. Die Übergänge dabei sind jedoch fließend.

In den kommenden Jahren wird es daher darum gehen, die Arbeit gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, demokratische Gesellschaft weiter zu stärken. Hierzu gehört aus unserer Sicht:

1. Verstärkung und Ausbau der Unterstützungsangebote

Rheinland-Pfalz verfügt über ein vielfältiges Netz an Unterstützungsangeboten. Für regionale Initiativen ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (Beratungsknoten) ein wichtiger Partner. Sie unterstützen und fördern anlassbezogen zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und auch Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Rheinessen gegen Rechts begrüßt ausdrücklich die jüngste Entscheidung des Bundeskabinetts, die Prävention durch eine Unterstützung der politischen Bildung zu stärken. Auch das Land Rheinland-Pfalz sollte weiterhin und verstärkt die politische Bildung im Land und insbesondere Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie stärken.

Antwort:

Die Qualität unserer Demokratie ist abhängig von der Demokratiebildung in der Gesellschaft. Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen. Uns ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita und im Grundschulalter demokratische Prozesse erlernen. Wir setzen auf politische Bildung von Anfang an und entlang der kompletten Bildungskette bis zum Schulabschluss.

Wir begrüßen, dass Demokratiebildung in rheinland-pfälzischen Kitas und Schulen eine hohe Bedeutung erfährt. Schule spielt als zentraler Ort, wo Kinder und Jugendliche sozialisiert und Demokratie gelebt wird, eine wichtige Rolle bei der Erziehung verantwortungsbewusster und aktiver Bürgerinnen und Bürger. Mit dem sukzessiven Ausbau des Sozialkundeunterrichts sowie Gesellschaftslehre oder der Novellierung des Schulgesetzes, die die Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern ausgeweitet hat, sind große Fortschritte erzielt worden. Auch das Engagement vieler Schulgemeinschaften bei Projekten wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder die Beteiligung an Demokratieangeboten des Landtags freut uns sehr.

Für die Zukunft wollen wir den Anteil der politischen Bildung im Unterricht erhöhen und dafür sorgen, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal in seiner Schullaufbahn eine Gedenkstätte oder einen Ort der Demokratie besucht hat. Durch den Besuch eines authentischen Ortes, ist eine nachhaltige Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und die Wertschätzung unserer freiheitlichen Demokratie viel eindringlicher möglich. Wer einmal von den Vorzügen der Demokratie überzeugt ist, steckt mit seiner Begeisterung andere an und wird selbst zum Demokratiebotschafter.

2. Schaffung eines Demokratiefördergesetzes

Der Verein Rheinessen gegen Rechts e. V. begrüßt die Ankündigung von Bundesministerin Dr. Giffey, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen, um Planungssicherheit und Kontinuität in der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu schaffen. Wir bitten die Landesregierung Rheinland-Pfalz diese Initiative nach Möglichkeit zu unterstützen.

Damit meinen wir ein neues Gesetz zur ausdrücklichen Förderung der Demokratie. Dieses muss unmissverständlich klar machen, dass es auch Aufgabe des Staates ist, die demokratische Bildung junger Menschen auf allen Ebenen zu organisieren. Zum Beispiel bei der politischen Bildung junger Menschen gibt es Nachholbedarf. In vielen Bereichen muss man von Modellprojekten zu einer strukturellen Förderung kommen. Viele gesellschaftliche Projekte zur Stärkung der Demokratie haben nur eine befristete Finanzgrundlage. Wir brauchen jedoch eine stabile Rechtsgrundlage, um Initiativen langfristig und verlässlich fördern zu können. Es ist deshalb gerade jetzt Zeit für ein Demokratiefördergesetz, ein Gesetz für eine starke Zivilgesellschaft. Das schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit und Kontinuität. Wir brauchen das Gesetz, um dauerhaft für unsere Demokratie einzutreten und Radikalisierung entgegenzuwirken. Demokratieförderung ist eine dauerhafte Aufgabe, weil sie lebensnotwendig ist für ein demokratisches Land.

Antwort:

Wir begrüßen das Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie auf Bundesebene als wichtigen Schritt, die Demokratieförderung in Deutschland breit aufzustellen. Wir werden die Bundespartei bei entsprechenden weiteren Bemühungen unterstützen.

Der Schutz der Demokratie ist kein Projekt, sondern eine dauerhafte und gesamtstaatliche Aufgabe. Hierfür bedarf es entsprechende und planungssichere Mittel und damit die Sicherheit von der Bundesebene, dass die Strukturen dauerhaft gefördert und weiter ausgebaut werden können. Mit einer welt-offenen und bunten Zivilgesellschaft schaffen wir ein Bollwerk gegen fremdenfeindliche und rassistische Umtriebe.

3. Konsequentes Handeln gegen Hasskriminalität – Selbstverpflichtung

Die neuen Medien lassen leider auch eine zunehmende Enthemmung einiger erkennen. Hassbotschaften, Bedrohungen und Beleidigungen werden gepostet, geteilt und verbreitet. Daher begrüßen wir die Bemühungen auf Bundesebene, Hasskriminalität im Internet stärker entgegenzutreten.

Insbesondere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, aber auch ehrenamtlich Engagierte in der Demokratie-, Gedenk- und Flüchtlingsarbeit werden immer wieder Ziel von Anfeindungen. Leider werden viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht. Um Hasskriminalität bereits von Anfang an auch mit rechtlichen Mitteln zu begegnen, ist es jedoch wichtig, dass die Straftaten zur Anzeige gebracht werden. Wir schlagen daher unter den politischen Akteuren eine Selbstverpflichtung vor, dass sämtlich strafrechtlich relevante Posts, Tweets oder auch E-Mails angezeigt werden.

Ehrenamtlich Aktive sind oftmals Bedrohungen ausgesetzt. Zum Schutz der betroffenen, ist die Einrichtung einer Beschwerdestelle wünschenswert, die auch anonyme Hinweise entgegennimmt.

Antwort:

Für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus brauchen wir einen umfassenden Ansatz. Unsere Maxime ist null Toleranz gegenüber Hass und Hetze online wie auch offline.

Durch eine weitere Stärkung der politischen und Demokratiebildung erweitern und unterstützen wir Angebote, wie das Netzwerk Demokratie und Courage (NDC), die dabei helfen, kritisches Denken zu erlernen und Haltung gegen Hass und Hetze zu entwickeln und zu zeigen.

Wir unterstützen die zentrale Meldestelle, bei der antisemitische, rassistische und andere menschenfeindlich motivierte Vorfälle und Übergriffe gesammelt werden. Mit ihrem Angebot einer niedrigschwelligen Anlaufstelle spielt sie eine wichtige Rolle bei der Erfassung von rassistischen und menschenfeindlichen Vorfällen. Hierbei beschränkt sie sich nicht nur auf strafbare Inhalte, sodass zusätzlich die Analyse der Sicherheitskräfte im Land ergänzt werden kann.

Besonders für die Betroffenen ist es wichtig, dass Übergriffe dieser Art öffentlich gemacht werden. Für uns ist es daher ein Selbstverständnis, dass entsprechende Vorfälle angezeigt und strafrechtlich verfolgt werden.

Wir unterstützen die Initiative „Verfolgen und Löschen“, die der zunehmenden Verbreitung von Hasskommentaren und Postings in sozialen Medien wirksam begegnet. Indem solche Tweets oder Kommentare nicht nur gelöscht, sondern auch strafrechtlich verfolgt werden, kann der zunehmenden Entthemung im virtuellen Raum entgegengewirkt werden.

Hass und Hetze lassen wir keinen Raum, auch nicht in den sozialen Medien.

Um der zunehmenden rechten Hetze gerade gegen kommunalpolitisch Verantwortliche entschieden entgegen zu treten, wurde im August 2019 die Taskforce „Gewaltaufrufe rechts“ beim rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eingerichtet. Primäres Ziel der Taskforce ist es, rechtsextreme Hetzer und potenzielle Täter zu identifizieren und rechtsextreme Netzwerke zu erkennen. Die gewonnenen Informationen werden Polizei und Justiz übermittelt, um die Taten unmittelbar zu verfolgen. Dieses Konzept wollen wir ausbauen und fortschreiben. Kein Extremist darf sich in der Anonymität des Internets sicher fühlen.

4. Zivilgesellschaftliches Engagement stärken

Neben der finanziellen Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie ist auch eine ideelle Unterstützung erforderlich. Die Rheinland-Pfälzische Landesregierung hat bisher Initiativen gegen Rechts verlässlich unterstützt. Diese Unterstützung ist nicht nur ein klares politisches Bekenntnis. Sie stärkt auch ehrenamtlich Engagierten den Rücken.

Antwort:

Zivilgesellschaftliches Engagement und eine solidarische Gesellschaft sind eine unverzichtbare Grundlage einer lebendigen und widerstandsfähigen Demokratie.

Der Wert dieser Arbeit ist immens und wir sind dankbar für den Einsatz der ehrenamtlich Engagierten. Um diesen auch in Zukunft zu sichern, wollen wir Bündnispartner und Initiativen, die sich für Vielfalt einsetzen, wie beispielsweise das „Netzwerk diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“, unterstützen. Zum Beispiel durch Begleitungsmöglichkeiten durch ausgewiesene

Fachverbände. Wir unterstützen eine starke Zivilgesellschaft und ermutigen Unternehmen, öffentliche

Einrichtungen, Vereine etc. sich z.B. der "Charta der Vielfalt" anzuschließen.

Wir setzen unseren Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschlossen fort. Der „Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Landesregierung eröffnet uns hierfür viele Möglichkeiten. Mit dessen Hilfe wollen wir im Schulterschluss zwischen Staat, Institutionen und der Zivilgesellschaft zukünftig noch wirkungsvollere Maßnahmen für ein diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz umsetzen, denn wir wollen, dass von Diskriminierungserfahrungen bedrohte und betroffene Menschen ihre Rechte kennen und darin unterstützt werden, gegen Diskriminierung vorzugehen.

5. Mit Recht gegen Rechts

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist auch eine Aufgabe des Rechtsstaates. Mit den Mitteln des Rechts kann Rechtsextremismus begegnet werden. Eine zentrale Rolle nehmen dabei die staatlichen Behörden wahr (Ordnungsämter, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte). Diese haben ihre Aufgaben jeweils neutral wahrzunehmen. Sie haben aber auch auf die Einhaltung von Recht und Gesetz hinzuwirken. Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft, der auch mit den Mitteln des Rechts begegnet werden muss.

Zivilgesellschaftliche Initiativen können wichtige Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus sein. Wir haben über die letzten Jahre festgestellt, dass sich ein offener und kritischer Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und staatliche

Behörden bewährt. Wichtig ist dabei auf ein partnerschaftliches Miteinander hinzuwirken.

Antwort:

Unsere Demokratie muss wehrhaft sein. Wer unsere über die letzten Jahrzehnte errungenen Werte von Toleranz, persönlicher Freiheit, Gleichberechtigung in einer offenen Gesellschaft, angreift, der muss die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen. Derzeit geht die größte Bedrohung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung vom Rechtsextremismus aus. Es ist unsere historische Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, diesen zu bekämpfen. Unsere Aufgabe ist es, die Demokratie von innen rechtlich zu stärken, zu schützen und die notwendigen Mittel bereitzustellen, um dem gerecht zu werden.

Wir treten für einen Verfassungsschutz ein, der für die aktuellen Herausforderungen personell und organisatorisch gut aufgestellt ist und über die notwendigen rechtlichen und technischen Mittel verfügt. Dies geht jedoch auch einher mit erweiterten Kontrollmechanismen. Daher haben wir in Rheinland-Pfalz einen modernen rechtlichen Rahmen durch ein neues Landesverfassungsschutzgesetz geschaffen, in dem wesentliche Pfeiler die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle und die Regelungen zum Datenschutz sind.

Die Extremismusbekämpfung und Prävention aber auch unser Einsatz gegen Hass und Hetze sind für uns wichtige Felder rheinland-pfälzischer Justizpolitik.

Mit einer verlässlichen Justiz und einer leistungsfähigen und gut ausgestatteten Polizei stehen wir für einen Staat, der ein sicheres Zusammenleben aller Menschen gewährleistet.

Gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen sorgen wir dafür, dass in Rheinland-Pfalz ein offenes, vielfältiges und demokratisches Miteinander gesichert ist.